

Raimund Weible Zur Sache: Eine konzertierte Aktion gegen den Naturschutz

Es sollte Folgen haben, dieses Gutachten. 1994 legte der Tübinger Professor und Lehrstuhlinhaber für öffentliches Recht, Ferdinand Kirchhof, dem damaligen baden-württembergischen Wirtschaftsminister Dieter Spöri eine Bestandsaufnahme bürokratischer Widrigkeiten vor. Auf 124 Seiten benannte er Ursachen für die Verzögerung der Bauleitplanung. Als «besonders störende Behörden» zählte er darin, in dieser Reihenfolge, die Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz sowie die Naturschutzbehörden und -beauftragten auf. Kirchhof im Originalton: «Die Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz stehen an der Spitze kompetenzwidriger Einflußnahme. Eine weitere, ernstzunehmende Fehlerquelle bilden ausgedehnte Einwendungen der Naturschutzbehörden sowie der Naturschutzbeauftragten der Kreise.»

Die professorale Kritik ist schon während der Zeit der CDU/SPD-Koalition dankbar aufgenommen worden. Bestätigte sie doch, was viele Bürgermeister und Landräte schon lange gedacht und immer wieder vorgebracht hatten. Endlich waren die Hauptschurken namhaft gemacht worden, jene lästigen Funktionsträger, die angeblich den wirtschaftlichen Fortschritt blockieren und boykottieren. Es ist bekannt, was mit den Ämtern für Wasserwirtschaft und Bodenschutz geschehen ist. Sie wurden aufgelöst, ein kleiner Teil der Bediensteten den Wasserdirektionen, der Hauptteil der Beschäftigten den Landratsämtern zugeschlagen. Dort arbeiten sie inzwischen unter der Fuchtel der Landräte.

Die neue CDU/FDP-Koalition fährt fort mit der Demontage der Naturschutzstellen. Teufel und Döring machen die Tür auf: Der nächste bitte. Auf Kirchhofs ultimativer Hitliste der Störer stehen an zweiter Position die Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege. Und, auf gleichem Niveau, die ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten der Landkreise. Was folgte nun? Die Koalitionspartner vereinbarten, von den Bezirksstellen 44 Bedienstete ab-zuziehen und sie den Landratsämtern zuzweisen. Um somit, wie es schönfärberisch in dem Papier heißt, die Voraussetzung für «integrierte Entscheidungen» zu schaffen. Das nennt man die Stärkung des Naturschutzes vor Ort.

Eine scheinheilige Argumentation. Tatsächlich geht es darum, bisher weitgehend unabhängige Spezialisten in die Disziplin zu nehmen, ihnen die Zähne zu ziehen. Gleichzeitig schwächt die Koalition die Bezirksstellen, läßt sie ausbluten. Außerdem sollen

die Bezirksstellen eines ihrer wichtigsten Rechte beraubt werden. Bisher konnten sie, wenn sie in Anhörungsverfahren mit der Genehmigungsbehörde keine Einigung erzielten, die Angelegenheit eine Stufe höher an den Minister zur Entscheidung weiterreichen. Diese Kompetenz, die nächsthöhere Instanz anrufen zu können, sollen auch die Naturschutzbeauftragten verlieren. Was die Koalition beabsichtigt, zeichnet sich ab als konzertierte Aktion gegen den Naturschutz.

Dieses Devolutivrecht, basierend auf dem Paragraphen 61 des Landesnaturschutzgesetzes, ist in der Vergangenheit sehr selten in Anspruch genommen worden; denn es war auch selten nötig, diese Karte zu ziehen. Schon die Möglichkeit, daß eine Angelegenheit des Naturschutzes zur Entscheidung eine Etage höher an eine ortsferne, fernab von den lokalen Zwisten residierende und mit qualifizierten Beamten ausgestattete Behörde weitergereicht werden könnte, drängte die Entscheidungsträger auf Landkreisebene dazu, den Naturschutzbeauftragten und seine Argumente ernst zu nehmen.

Künftig werden die Kreisnaturschutzbeauftragten, wenn der Landtag das Gesetz ändert, nur noch beratend tätig sein. Im Koalitionspapier heißt es dazu: «Zwischen den Naturschutzbehörden und den Kreisbeauftragten ist im Einzelfall das Benehmen herzustellen.» Ihr Einfluß wird sinken. Dafür dürfen es gern ein paar mehr sein. Zitat Koalitionspapier: «Im übrigen bleibt es bei dem bewährten System der ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten, die erforderlichenfalls zahlenmäßig ausgeweitet werden.»

Das Vorhaben der Koalition ist ein schöner Dank für das, was die Naturschutzbeauftragten der Land- und Stadtkreise über Jahrzehnte hinweg ehrenamtlich geleistet haben: Wichtigtuer, Bremser der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Regierung weiß offensichtlich nicht, was sie an den Naturschutzbeauftragten hat. Diese Advokaten der Natur sind überlegt handelnde Leute, die ihre Entscheidungen nie übers Knie brechen. Leute, die etwas vom Naturschutz verstehen und die für lausige 350 Mark im Monat ihre Freizeit opfern.

Erst kamen die Wasserwirtschaftsämter, nun sind die Bezirksstellen und die Naturschutzbeauftragten an der Reihe. Wer wird der nächste sein? Es lohnt sich, in der Kirchhof-Schrift nachzuschauen. Wenn's weiter danach geht, stehen bald die Landesdenkmal- und die Landwirtschaftsbehörden auf der Abschußliste.